

14.4.1968 Grundsatzerklärung des SDS Bundesvorstands zur Kampagne für die Enteignung des Springer-Konzerns

Der Mordanschlag auf Rudi Dutschke ist ebensowenig bloß die Tat eines Einzelnen wie die Erschießung Benno Ohnesorgs. Beide sind Opfer einer systematischen Hetzkampagne des Springer-Konzerns im Verein mit der Staatsgewalt. In Westberlin und Westdeutschland wurde konsequente Opposition zum kriminellen Delikt und selbstbewußte Minoritäten wurden für vogelfrei erklärt. „Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen.“ Klaus Schütz, Regierender Bürgermeister von Berlin — „Berliner Witz des Tages: „Laßt Bauarbeiter ruhig schaffen, kein Geld für langbehaarte Affen““ Bild-Zeitung, 22. 2. 68: Die Methoden des Antisemitismus werden gegen neue Minderheiten angewandt; und mit gigantischem Betrug macht man aus den Opfern die neuen Faschisten.

In dieser Situation hat sich unser Angriff auf den Springer-Konzern konzentriert. Durch seine Macht sind große Teile der deutschen Presse zu bloßen Staatsorganen geworden und umgekehrt die Herrschaftsfunktionäre des Staates, der Parlamente und Parteien zu Hörigen Springers.

Die demokratische Öffentlichkeit ist zerstört. Pressefreiheit wie Informations- und Meinungsfreiheit ist heute das Exklusivrecht weniger privater Großverleger, ihre Meinung zu verkaufen. Die Organisation der Presse als privates Profitunternehmen und ihre überwiegende Finanzierung durch die Industrie- und Verbrauchswerbung stellen die Kommunikationsmittel in den Dienst der Manipulation. Die Unterwerfung der Journalisten unter die publizistischen Direktiven der Verleger und autoritärer Verwaltungskörperschaften bei unzureichender arbeitsrechtlicher Sicherung mindert ihre Kritikfähigkeit und führt zu einer ständigen Selbstzensur. Das Publikum wird mit grober wie auch mit unmerklicher Manipulation unmündig gehalten und mit den Raffinessen des Anpassungsjournalismus blind an Vorurteile und Klischees gebunden. Jede Kritik wird abgetötet oder als Sorgen des kleinen Mannes ihm selber als Konsum

7

zubereitet; Intelligenzblätter stabilisieren elitäre Einstellungen mit primitiver Herrschaftsideologie. Die Schichten der Gesellschaft werden spezifisch und systematisch in ihrem falschen Bewußtsein gehalten. Die politische Publizistik veröffentlicht die Ereignisse, ohne selbst noch Öffentlichkeit ernsthaft herzustellen. Politische Sachverhalte werden personalisiert und auf ihre äußeren Vorgänge reduziert — drastisch sichtbar beim Mordanschlag auf Dutschke. Unter dem Schein der Objektivität werden Nachrichten beliebig gemacht, unterdrückt, vereinzelt und verzerrt.

Der Springer-Konzern ist nicht allein das Symbol, sondern ebenso der Motor der Zerstörung von Öffentlichkeit. Sein übermächtiges Monopol ist entstanden und kann sich nur halten durch skrupellosen und radikalen Anpassungsjournalismus. Die Verdrängung der deutschen Niederlage und des Faschismus muß notwendig Schuldgefühle und Angst unterdrücken und manipulieren. Die Diskussion und Lösung wirklicher Probleme wird durch Wahnideen ersetzt. Ein mystischer Begriff von Volk verklärt die gesellschaftliche Wirklichkeit und entzieht sie der Kritik. Vergleichbar der faschistischen Volksgemeinschaft werden Konflikte gewaltsam verschleiert. Gegen diejenigen aber, die offen die Herrschaftsverhältnisse angreifen, um demokratische Zustände vorzubereiten, muß diese Maschine blind und unerbittlich Gewalt produzieren, eine Gewalt, die die herrschende Macht verteidigt und deren Ziel das Recht der Mächtigen ist.

Wer die herrschende Ordnung gegen unsere Kampagnen verteidigen will, muß nach den wirklichen Gewaltverhältnissen in dieser Ordnung fragen. Die tabuierten politischen Mittel haben offensichtlich nicht ausgereicht, um Springers Macht zu verhindern oder gar nachträglich einzuschränken. Im Gegenteil haben sie selber diese unterstützt und sich mit ihr eng verbündet. Es ist höhnische Heuchelei, wenn wir jetzt zur Rückkehr zu den etablierten

Institutionen und Regeln aufgefördert werden. Wir erklären, daß es keine Ruhe geben wird, bis geeignete Maßnahmen zur Enteignung des Springer-Konzerns eingeleitet sind. Sie ist Vorbedingung einer demokratischen Öffentlichkeit.

Diese demokratische Öffentlichkeit wäre nach folgenden Grundsätzen zu erkämpfen:

1. Befreiung der Presse vom Meinungsmonopol und vom Profitinteresse durch ihre Entflechtung und Überführung in öffentliches Eigentum und demokratische Kontrolle.

2. Abschaffung der Konsumpropaganda und ihr Ersatz durch sachgerechte Verbraucherinformation.

8

3. Unabhängigkeit der Presse, des Rundfunks und Fernsehens von der öffentlichen Gewalt und die Garantie ihrer Kritikfähigkeit gegenüber deren Instanzen.

4. Sicherung der Journalisten gegen wirtschaftliche und politische Pressionen. Demokratische Selbstbestimmung der Redaktionen.

5. Materielle und juristische Verankerung des Rechts für jede politisch, sozial oder kulturell relevante und demokratische Gruppe, in der ihr angemessenen Weise, unabhängig von wirtschaftlicher Beschränkung, ihre Forderungen zu artikulieren und ihre Auffassungen zu publizieren.

14. 4. 1968 SDS-Bundesvorstand